Stand: 18.12.2025 00:47:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21640

"Keine Zeit verlieren: Schnelle und umfassende Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine machen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21640 vom 09.03.2022
2. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 10.03.2022
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/22992 des BI vom 29.03.2022
4. Beschluss des Plenums 18/23267 vom 22.06.2022
5. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 22.06.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 09.03.2022 **Drucksache** 18/**21640**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Michael Busch, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz, Christian Flisek, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen** und **Fraktion (SPD)**

Keine Zeit verlieren: Schnelle und umfassende Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine machen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Nach aktuellen Prognosen rechnet das Bundesministerium des Innern und für Heimat- mit bis zu 225 000 Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland, Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann erwartet 50 000 Geflüchtete in Bayern. Die meisten sind Frauen und Kinder, die Schutz und Beistand, Unterkunft, Verpflegung sowie medizinische Versorgung benötigen. Die Bereitschaft zur Hilfe ist enorm: Privatleute bieten freie Zimmer an und helfen mit Sachspenden, Kommunen organisieren Hilfsprogramme und Kirchengemeinden gründen Unterstützerkreise. Dies ist Ausdruck von Humanität, Weltoffenheit und Nächstenliebe im Freistaat. Mit geklärtem Aufenthaltsstatus haben Kinder und Jugendliche ein Recht auf Schulbesuch. Gefordert sind somit auch die bayerischen Schulen, die bereits in der Coronapandemie Außerordentliches geleistet haben. Hier geht es darum, vorausschauend Möglichkeiten der Beschulung zu schaffen, denn Bildung ermöglicht Teilhabe und Unterricht gibt den nach den traumatisierenden Kriegs- und Fluchterlebnissen Halt und Struktur.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Schulbesuch von Geflüchteten zeitnah zu ermöglichen und dabei alle Schularten einzubeziehen und sie umfassend zu unterstützen.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahme erforderlich:

1. Einrichtung von Clearingstellen in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie Schulberatungsstellen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 21. Lebensjahr. Sie informieren über die Möglichkeiten des Unterrichts und verteilen Schülerinnen und Schüler auf die Schulen.
2. Beteiligung aller Schularten an der Beschulung von jungen Geflüchteten, auch der Gymnasien. Besonders zu nutzen ist dabei die Expertise von Schulen, die bereits Deutschklassen eingerichtet haben (bzw. ehemals Willkommens-, Übergangs- und Vorbereitungsklassen).
3. Es sollen unverzüglich Lehrerinnen und Lehrer von den Wartelisten eingestellt werden sowie Pädagoginnen und Pädagogen mit ukrainischen Sprachkenntnissen angeworben und Sprachlernangebote geschaffen werden. Ebenso sollen die Träger der Erwachsenenbildung unbürokratisch in die Lage versetzt werden, Deutschkurse anzubieten, vor allem die strukturell sehr gut organisierten Volkshochschulen.
4. (Mobile) Teams aus Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Heil- und Sozialpädagogen sollen die aufnehmenden Schulen unterstützen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

1. Jedes Kind und jeder Jugendliche kommen mit einer eigenen Bildungsbiografie, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu uns. Aufgabe der Clearingstelle ist es, die Potenziale der jungen Menschen zu erkennen und ihre Wünsche festzustellen und ihnen passende Bildungsangebote zu machen. Durch den Zustrom der Geflüchteten ist bald mit einer Nachfrage zu rechnen. Daher muss die Einrichtung von Clearingstellen umgehend erfolgen.
2. Viele Lehrerinnen und Lehrer und auch Schülerinnen und Schüler gingen und gehen sehr hilfsbereit und offen auf junge Geflüchtete zu. Das ist vor allem vor dem Hintergrund der Coronapandemie eine wirklich große Leistung. In der Vergangenheit waren aber gerade Grund- und Mittelschulen, die besonders unter Personalmangel leiden, bei der Beschulung von Geflüchteten gefordert. Daher ist es besonders wichtig, alle Schularten in die Aufgabe einzubeziehen. Dort, wo es bereits Deutschklassen (bzw. ehemals Willkommens-, Vorbereitungs- und Integrationsklassen) gibt, kann es sinnvoll sein, die bestehenden Strukturen zu nutzen. Der Spracherwerb ist grundlegend für den Bildungserfolg. Dieser gelingt am besten mit muttersprachlichen Lehrern. Wo immer das möglich ist, sollen daher Lehrkräfte mit ukrainischen Sprachkenntnissen beschäftigt werden.
3. An vielen Schulen, vor allem an Grund- und Mittelschulen, fehlen bereits jetzt zahlreiche Pädagoginnen und Pädagogen. Daher ist es dringend nötig, zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Vor allem der Sprachunterricht ist wegen des Fachkräftemangels nicht ohne zusätzliche Kräfte zu leisten. Hier ist es sinnvoll, auch auf ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer aus der ukrainischen Community zuzugehen und sie anzuwerben.
4. Kinder und Jugendliche können das Erlebte nur schwer verstehen und verarbeiten: Vielfach sind die Familien zerrissen, Angehörige getötet und die Wohnung verlassen und/oder zerstört. Nach verheerenden Kriegs- und Fluchterlebnissen finden sie sich in einer völlig neuen Umgebung wieder. Viele sind schwer traumatisiert und brauchen Hilfe von Fachleuten wie Psychologen, Sozial- und Heilpädagogen. Die Aufgabe von sogenannten Traumateams ist daher essenziell.

zinger. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe bekannt, dass die nicht behandelten Dringlichkeitsanträge damit in die Ausschüsse verwiesen werden. Das betrifft die Anträge auf den Drucksachen 18/21638, 18/21639, 18/21711, 18/21640, 18/21641, 18/21712 sowie 18/21642.

Ich bedanke mich für die intensive Diskussion und wünsche einen ruhigen Nachhauseweg.

(Schluss: 17:54 Uhr)

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.03.2022 **Drucksache** 18/**22992**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Michael Busch u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 18/**21640**

Keine Zeit verlieren: Schnelle und umfassende Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine machen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Dr. Simone Strohmayr**
Mitberichterstatter: **Dr. Ludwig Spaenle**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 56. Sitzung am 17. März 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 52. Sitzung am 29. März 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Stellvertretender Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.06.2022 **Drucksache** 18/**23267**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Michael Busch, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz, Christian Flisek, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**21640**, 18/**22992**

Keine Zeit verlieren: Schnelle und umfassende Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine machen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das gesamte Haus zu sein. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. Mai 2022 (Vf. 6-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 46 Abs. 4 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286) geändert worden ist

   PII-G1310.22-0005
   Drs. 18/23117 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
   II. Der Antrag ist unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Maßnahmenpaket zur Baukostensenkung V – Fachgespräch zur Gebäudeklasse „E“
Drs. 18/19880, 18/22445 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Coronamaßnahmen an Schulen und Hochschulen beenden – Freiheit für unsere Schüler und Studenten!
Drs. 18/21297, 18/22989 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Übertritt: Eltern sollen über die Schullaufbahn ihrer Kinder entscheiden
Drs. 18/21298, 18/22990 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Maskenpflicht im Unterricht muss ein Ende haben!
Drs. 18/21299, 18/22991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	Z

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU
Wohnungsneubau nicht durch übermäßige Regulierungen des Bundes einschränken
Drs. 18/21595, 18/23105 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	A

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Michael Busch u.a. und Fraktion (SPD)
Keine Zeit verlieren: Schnelle und umfassende Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine machen
Drs. 18/21640, 18/22992 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

8. Antrag des Abgeordneten Christian Klingen (fraktionslos)
Unterbringung der Haustiere von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine
Drs. 18/21725, 18/23118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	A	A

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Friedensbildung an Bayerns Schulen verankern – Servicestelle einrichten
Drs. 18/21821, 18/22994 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	A	A

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Partnerschaft pflegen und Perspektiven schaffen: Ukraine, Georgien und Moldau an die EU heranführen
Drs. 18/21959, 18/23115 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geeignete Strukturen für geflüchtete Schülerinnen bzw. Schüler und Lehrkräfte schaffen
Drs. 18/22213, 18/22995 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag „Erkenntnisse aus zwei Jahren Coronakrise aufarbeiten, Erfahrungen für zukünftige Entscheidungen nutzbar machen."
Drs. 18/22450, 18/23156 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
Drs. 18/22451, 18/23157 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ukraine, Georgien und Moldau – Tatkräftige Partnerschaft für eine europäische Perspektive
Drs. 18/22525, 18/23116 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	A	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung"** zugrunde zu legen.